

Peter Mehl¹: Diskussionsbericht

In der Diskussion wurden folgende Themen aufgegriffen: Spezifika ländlicher Räume; Erreichbarkeit und Mobilität als wichtiger, spezifisch ländlicher Faktor; gibt es spezifisch ländliche Probleme bei Arbeitsmarktintegration und (beruflicher) Ausbildung?; Wissenslücken und erratische Evidenz, Datenverfügbarkeit und Datenqualität; Einschätzungs-Monitoring; Integrationsindikatoren und deren Aussagekraft.

Spezifika ländlicher Räume

Im Vortrag von Peter Mehl wurden die Punkte Unterbringung und Wohnsegregation; Nähe, zivilgesellschaftliches Engagement und Willkommenskultur; Koordination und Steuerung; Macher/innen machen den Unterschied; sowie Infrastruktur und Erreichbarkeit als Spezifika und Herausforderungen für Integration in ländlichen Räumen adressiert. Eine wichtige Ausgangsfrage der Diskussion war, welche Bereiche darüber hinaus als relevant angesehen werden und im Impulsreferat gefehlt haben. In diesem Zusammenhang wurde diskutiert, inwiefern Fragen der Arbeitsmarktintegration und Bildung als spezifisch ländlich anzusehen sind oder ob sie auch im Kontext der Fragen zur Erreichbarkeit und Mobilität zu betrachten sind. Für die Auffassung, Fragen der Arbeitsmarktintegration als nicht spezifisch ländlich zu betrachten, wurde ausgeführt, dass die Arbeitsmarktdaten für ländliche Räume sehr heterogen seien: Ländlichen Räumen mit Fachkräftemangel stünden ländlichen Räumen gegenüber, die diesbezüglich weit weniger gut aufgestellt sind. Die spezifisch ländliche Dimension in diesem Bereich sei die Frage der Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes insbesondere für Personengruppen, die nicht mit dem eigenen PKW mobil sein können. Angeführt wurde auch, der Bereich Arbeitsmarktintegration eigne sich gegenwärtig noch nicht für eine intensivere Betrachtung, weil das vergangene Jahr 2016 geprägt war vom Warten auf Anerkennung bzw. von der Verpflichtung, einen Integrationskurs zu machen. Ein großer Andrang der Geflüchteten in Richtung bezahlte Arbeit und nicht nur in Praktika sei frühestens ab dem Jahr 2018 zu erwarten.

Thematisiert wurde in diesem Zusammenhang auch der erhebliche Betreuungsaufwand für die Arbeitsintegration von Geflüchteten, nicht zuletzt wegen interkultureller Unterschiede. Für die Arbeitsintegration von Geflüchteten sei eine Betreuungsintensität notwendig, die kein Ehrenamtlicher leisten könne, weil man die Geflüchteten intensiv „an die Hand nehmen müsse“ und gerade kleinere Betriebe einen entsprechenden Aufwand nicht leisten könnten. Dies sei aber ein Problem, das nicht allein ländliche Räume betreffe.

Ergänzend wurde festgestellt, dass Fragen der Bildung und der beruflichen Ausbildung auf jeden

¹ Dr. Peter Mehl: Thünen-Institut für Ländliche Räume, Braunschweig

Fall bereits jetzt sehr virulent seien. Ein Strukturproblem ländlicher Räume zeige sich darin, dass gerade dort in der Regel kaum Erfahrungen mit Migranten im Bildungssystem vorliegen. Hier fehle es insbesondere an interkultureller Kompetenz an den Schulen und Berufsschulen.

Zentralität und Erreichbarkeit als zentraler Faktor

Zusätzlich stelle sich natürlich für einen 18-jährigen ohne Führerschein und mit nur wenig Taschengeld, der auf dem Dorf lebt, ein deutlich größeres Problem in sein Berufsschulzentrum zu kommen als für Geflüchtete, die in der Kreisstadt leben. Auch von Seiten der Praktiker wurde berichtet, dass Zentralität und Erreichbarkeit ein entscheidendes Hemmnis bilden können, nämlich dann, wenn ein sehr schwer zu nutzender und teurer öffentlicher Nahverkehr dazu führe, dass einfache Arbeitsplätze mit Schichtbetrieb nicht adäquat erreichbar seien. In diesen Fällen werde von Seiten der Migrationsberatung folgerichtig empfohlen, den Wohnort zu wechseln, damit der Arbeitsplatz erhalten bleiben könne.

Wissenslücken, fehlende Aussagekraft der Angaben der Geflüchteten

In Bezug auf die Geflüchteten wurde auf die fehlende Aussagekraft vorhandener Daten hingewiesen, insbesondere weil deutsche Statistiken und Erfassungsmöglichkeiten nicht für diese Klientel ausgerichtet seien. Wir wüssten zwar, welchen Rechtsstatus die Geflüchteten haben, könnten aber kaum die Schulbildung und noch weniger die gesamte Vorbildung oder den beruflichen Erfahrungshintergrund einschätzen.

Datenverfügbarkeit und Datenqualität

Ein Aspekt im Impulsvortrag von Peter Mehl waren fehlende Daten, wie etwa der Wunsch nach möglichst aktuellen Verbleib- bzw. Binnenwanderungsdaten von Geflüchteten. Am Beispiel des Projekts „Vielfalt in Klein- und Mittelstädten“, bei dem beabsichtigt war, die Einwohnermeldedaten jeder Kommune nach Personen ausländischer Herkunft bzw. mit Migrationshintergrund sozialräumlich zu erfassen und zu analysieren, wurde deutlich, wie anspruchsvoll und voraussetzungsreich ein solches Unterfangen ist. Dort hat sich gezeigt, dass diese Absicht nur teilweise umgesetzt werden konnte, weil in vielen Kommunen das Meldegesetz und datenschutzrechtliche Bestimmungen entgegen standen. Ein weiterer wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang war der Verweis auf die unzureichende Aktualität und Qualität der Daten im Ausländerzentralregister (AZR). Dort müssten sämtliche Ausländerbehörden ihre Informationen einspeisen, seit 2014 zusätzliche, neue Speichersachverhalte wie Schulbildung, Sprachkenntnisse oder Berufsbildung. Die Erfahrung zeige aber, dass diese Sachverhalte häufig (noch) nicht eingepflegt worden seien. Zudem seien viele Daten nicht kleinräumig verfügbar. So hat beispielsweise Berlin nur eine einzige Ausländerbehörde, sodass die zwölf Bezirke in Berlin, die alle der Einwohnerzahl nach Großstadtgröße haben, nicht über eigene Datenbestände verfügen.

Bleibewunschorientierung von Geflüchteten und deren Beeinflussung

Charakteristisch für den Anfang der Diskussion um die räumliche Orientierung von Geflüchteten waren Aussagen wie: “Die Flüchtlinge gehen ohnehin alle in die große Städte und insofern wird

das nur eine kurzfristige Angelegenheit für die ländlichen Räume sein“. Demgegenüber wurde von Seiten der Praktiker darauf verwiesen, dass es durchaus Erfahrungen und Hinweise gebe, die dieser Auffassung widersprechen. So wurde von der Samtgemeinde Sickinge im Landkreis Wolfenbüttel berichtet, dass nur wenige der Geflüchteten die Absicht hätten, die Samtgemeinde zu verlassen, weil sie sich dort relativ gut betreut und vernetzt fühlen. Es gebe allenfalls die Neigung, aus den schlechter erreichbaren Ortsteilen der Samtgemeinde in den Sitz der Samtgemeinde mit grundzentraler Funktion umzuziehen, weil dort die Mobilität mit dem öffentlichen Nahverkehr erheblich besser gewährleistet sei. Von daher bildete die Frage nach dem längerfristigen Bleiben von Geflüchteten einen wichtigen Bezugspunkt der Diskussion. Hier wurde von ähnlichen Beispielen wie in Sickinge, etwa auch aus dem bayerischen Wald oder Schleswig-Holstein berichtet, und gleichzeitig die lediglich „erratische Evidenz“ des bisherigen Wissens bedauert. Wir wüssten sehr wenig darüber, welche Landkreise oder Gemeinden besonders aktiv waren bzw. die Situation der letzten anderthalb Jahre gut bewältigen konnten und aktiv an Bleibeperspektiven für Geflüchtete arbeiten. Dieser Aspekt wurde auch als sehr relevant für die Erfassung von Integrationspotenzialen eingeschätzt, weil die proaktive Haltung von Kommunen, ausgedrückt etwa durch die Bereitstellung entsprechend zusätzlichem Verwaltungspersonals im Rahmen der freiwilligen Aufgaben, die Integrationskraft der Kommunen und die Integrationschancen von Geflüchteten erheblich beeinflusse.

Bezüglich der Bleibewunschorientierung von Geflüchteten bestand Einigung in der Runde darüber, dass diese Frage im Kontext ländlicher Räume und deren Entwicklung zentral sei, sie sei aber gleichzeitig ausgesprochen schwierig zu beantworten. Auch die internationale Migrationsforschung habe immer wieder vergleichend zu erfassen versucht, die Zukunftsvorstellungen eines Migranten hinsichtlich des Verbleibs an einem bestimmten Ort bzw. die Neigung zur Weiterwanderung oder zur Rückwanderung zu erfassen und die tatsächliche Realisierung dieser Vorstellungen. Hier gelte es, die häufig erhebliche Diskrepanz zwischen der Aussage der Menschen und ihrem tatsächlichen Verhalten zu berücksichtigen. Generell könne gesagt werden, dass je besser die Integrationserfahrungen seien, desto stärker dürfte sich der Wunsch verfestigen, doch vor Ort zu bleiben. Dies gelte besonders für Familien mit Kindern die sich in das deutsche Bildungssystem integrieren. Auf der anderen Seite zeige sich aber, dass sich die Bedürfnisse und auch die Zielvorstellungen der Menschen innerhalb weniger Monate durchaus verändern können. Es sei häufig das Bestreben dieser Menschen, Normalität zu erlangen. Es könne sich aber in kurzer Zeit stark verändern, was als Normalität angesehen werde und angestrebt werde. Normalität könne in diesem Kontext bedeuten, dass man dort, wo man angekommen sei, auch tatsächlich etwas aufbaut. Es könne aber auch bedeuten, dass man eine Weiterwanderung oder eine Rückwanderung anstrebt. Unter den Faktoren, die diesen Wunsch beeinflussen, wurde die Art der Unterbringung als wichtig bewertet: Bei der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften sei es sehr schwierig, soziale Kontakte herzustellen und auf diese Weise eine Bleibeorientierung positiv zu befördern.

Idee eines Einschätzungs-Monitorings

Angesichts der Wissenslücken und der Erfahrung, dass ein hartes Monitoring häufig an fehlenden Daten oder am Datenschutz scheitert, wurde diskutiert, wie ein realitätsnahes Monitoring über

andere Wissenszugänge organisiert werden könnte. Entwickelt wurde dabei die Idee eines Einschätzungs-Monitorings auf der Grundlage kollektiver Einschätzungen integrationsrelevanter Akteure aus Landkreisen und Gemeinden. Leitend für die Idee war die Vorstellung, dass Abschätzungen auf Landkreis- oder Gemeindeebene mit Hilfe einiger Leitfragen qualifizierte Ergebnisse bzw. ein aussagekräftiges Bild ergeben könnten. Eine solche Aktivität könnte, so der Tenor der Diskussionsbeiträge, angesichts der fehlenden empirischen Evidenz für viele Annahmen bzw. Voreinschätzungen („Geflüchtete gehen alle weg in die Stadt“; „Integration gelingt auf dem Land leichter als in den anonymen Städten,“) für eine evidenzbasierte gesellschaftliche Meinungsbildung sehr relevant und nützlich sein. Darüber, wie diese Idee umgesetzt werden könnte oder wie zumindest weitere Schritte auf dem Weg dahin aussehen könnten, konnte aus Zeitgründen nicht eingehender diskutiert werden.

Integrationsindikatoren und deren Aussagekraft

In Bezug auf die Frage, welche Integrationsindikatoren benötigt werden, um das regionale Integrationspotenzial besser abzuschätzen bzw. wie Integrationsfortschritte ermittelt werden könnten, wurde zunächst sehr grundsätzlich diskutiert, welche Aussagekraft der mehrdimensionale Integrationsbegriff von Esser, der häufig bei indikatorenbasierter Berichterstattung zu Grunde gelegt wird, überhaupt hat. Mit Integrationsindikatoren werde ja impliziert, dass diese Auswirkungen hätten – zum Beispiel auf mögliche Bleibewünsche von Geflüchteten. Hierzu wurde kritisch angemerkt, dass zunächst genauer erforscht werden müsste, ob diese angenommenen Wirkungszusammenhänge überhaupt zutreffen. Dieser kritischen Position wurde entgegengehalten, dass gerade die Kommunen unbedingt datengestützte Anhaltspunkte haben müssten, um die benötigte Angebotsstruktur zu schaffen, sei es im Bereich der Infrastruktur, der Kitaplätze der Schulen oder bei Beratungsangeboten. Gerade für den ländlichen Raum gelte, dass die Kommunen diesbezüglich finanziell in der Regel nicht optimal aufgestellt seien. Ohne Indikatoren seien Kommunen gezwungen „Politik aus dem hohlen Bauch“ zu machen. Weiterhin dürfe man die Indikatoren und entsprechend darauf basierenden Karten nicht als ein Abbild der Realität auffassen, sondern als ersten Zugang für weitere, tiefergehende Analysen.